



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

Neue Mannheimer Zeitung. 1924-1943 1926

260 (9.6.1926) Abend-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-229813](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-229813)

Neue Mannheimer Zeitung

Mannheimer General-Anzeiger

Belegpreise: Im Rheinheim und Umgebung drei bis fünf oder durch die Post monatlich R.-M. 1.50 ohne Frachtgeb. Bei sonst. Anlieferung der wöchentlichen Belegpreise Nachforderung vorbehalten. Postbestellform Nr. 17260 Karlsruhe. — Hauptgeschäftsstelle B. G. L. — Geschäfts-Nebenstellen Waldstraße 6, Schwelmerstraße 24, Weerfeldstraße 11. — Telegramm-Adresse: General-Anzeiger Mannheim. Geschäfts-Nebenstellen: Waldstraße 6, Weerfeldstraße 11, 7941, 7942, 7943, 7944 u. 7945. — Fernsprechnr. 2141 bis 2145.

Anzeigenpreise nach Tarif, bei Vorauszahlung pro Linie: 1. Tageszeitung für 1000 Exemplare 0,40 R.-M. Restsum. 3-4 R.-M. Restsum. Anzeigen werden über berechnet. Für Anzeigen an bestimmten Tagen Stellen und Ausgaben wird keine Verantwortung übernommen. Höhere Gebote, Streich, Betriebsstörungen usw. berechnen zu keinen Anzeigen für ausgefallene oder beschränkte Ausgaben oder für verspätete Aufnahme von Anzeigen. Klagen über Fernsprecher ohne Gewähr. — Geschäftsstand Mannheim.

Beilagen: Sport und Spiel · Aus Zeit und Leben · Mannheimer Frauen-Zeitung · Unterhaltungs-Beilage · Aus der Welt der Technik · Wandern und Reisen · Gesetz und Recht

Der Kampf um den Volksentscheid

Zur heutigen Reichstagsitzung

□ Berlin, 9. Juni. (Von unserem Berliner Büro.) Am „Vorwärts“ wird ein faktiler Abdruck des Flugblattes veröffentlicht, mit dem Herr v. Röbell und die Seinen in den Kampf um den Volksentscheid einzugreifen gedachten und nun auch eingreifen werden. Darnach sind die Herren mit dem Hindenburgbrief, gelinde gesagt, souverän verfahren: Durch Streichungen und Kürzungen haben sie aus der Schamade eine Fanfare gemacht. Der ganze Eingang, in dem der Reichspräsident unter Hinweis auf seine verfassungsrechtliche Stellung eine öffentliche Rundgebung ablehnt, ist fortgelassen. Nur jener Teil ist geblieben, in dem Hindenburg seine persönliche Auffassung Herrn v. Röbell vorlegt, wird als Hauptinhalt und wie der „Vorwärts“ versichert, auch als Kieselstein in die Waagschalen geworfen. An den Schluss der Ausführungen des Reichspräsidenten aber ist ohne ihn als solchen kenntlich zu machen, der Zusatz geblieben: „Parole am 20. Juni Stimmabgabe“.

Das ist eine Verführung an dem ehrwürdigen alten Herrn, den vor politischen Gefahren zu hüten und vor Verunglimpungen zu schützen, auch kann Pflicht wäre, wenn er nicht die überparteiliche Spitze dieses Saates darstellte. Tatsache ist, daß der alte Herr, was ihm nachgerühmt sein wird, unter dem heranwachsenden Reichstag fastlich schwer gelitten hat. Und ein wahres Verhängnis war es — wir deuten es hier schon an —, daß just in diesen kritischen und heißen Wochen der Welt den bewährten und lakonischen Rat seines Staatssekretärs Reichner vermissen mußte. (Obwohl es ihm an mitempfindlichem Zutpruch aus den Reihen des Kabinetts nicht gefehlt hat.) Immerhin: Mit dieser retropektiven Betrachtung ist weder um noch dem großen Hindenburg geholfen. Es kommt darauf an, den Schaden, soweit es noch angeht, zu reparieren, wenn irgend möglich: Die garstige Erörterung zu schließen, ehe die Leidenschaft vollends über die Lippen schäumt. Mit um deswillen hat die Regierung darauf Wert gelegt, daß das Gesetz über die Fürstenabfindung schon heute über die Reichstagstribüne geht. Sie hat um ihm keine Veränderungen beliebt: Die Form zu finden, die dem Entwurf den verfassungsändernden Charakter nimmt, bleibt den Regierungspartei überlassen. Im Rechtsauschuß, dem nach den bisherigen Dispositionen die Vorlage schon heute überwiesen werden soll, werden sie ihren Antrag zu formulieren haben. Im Plenum wird der Kampf den Entwurf durch einen

Appell an das Pflichtgefühl des Parlaments empfohlen.
Was der Aufgabe sich nicht entziehen dürfte, Probleme der Gesetzgebung auf parlamentarischen Wege zu lösen. Die Regierungspartei werden an der Aufgabe sich mit einer formalierten Erklärung beteiligen. Trotzdem wird sich natürlich heute doch noch eine heiße Debatte entspinnen, dafür werden allein die Kommunisten sorgen, die auch bereits eine Interpellation eingebracht haben. Die Sozialdemokraten scheinen vorderhand sich zurückhalten zu wollen, sie werden nicht interpellieren, werden, wie man im Parlament vielfach glaubt, sich vielleicht auch an einer Erklärung genügen lassen. Daß die der Schärfe nicht ermangeln wird, ist leider zu befürchten. Immerhin sollten auch die Sozialdemokraten ein Interesse daran haben, das Ansehen und die Autorität des Präsidenten der Republik nicht zu untergraben. Wie die Dinge heute weiter laufen werden, läßt sich im Augenblick noch nicht absehen. Ursprünglich — wir haben das schon bereits berichtet — leitete man im Kabinetts daran, nach der Beratung im Rechtsauschuß auf Entlassnahme des Gesetzes im Plenum zu dringen. Dann wäre die Verabschiedung vor dem 20. Juni noch möglich gewesen. Ob die Absicht noch jetzt durchzuführen sein wird, ist fraglich. Ganz so pessimistisch wie hier und da die Presse, ist man in den Kreisen der Regierung noch nicht.

Aus dem Lager der Parteien

□ Berlin, 9. Juni. (Von unserem Berliner Büro.) Unsere Vermutung, daß die Sozialdemokratie bei der Beratung des Fürstenabfindungsgesetzes sich mit einer Erklärung begnügen wird, wird heute vom „Vorwärts“ bestätigt: Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion würde zu Beginn der Beratungen des Gesetzes zu der Brief-Affäre Hindenburg-Boedell eine Erklärung abgeben. Das scheint immerhin anzudeuten, daß die Sozialdemokratie den Streit nicht heillos verschüpfen will. Die Kommunisten werden freilich heute ein Mißtrauensvotum einbringen, das aber natürlich zu Boden fallen wird. Von der für heute, möglicherweise auch erst für morgen zu erwartenden Regierungserklärung (es kann nämlich sein, daß die Beratung des Fürstenabfindungsgesetzes nun doch erst am Donnerstag beginnt) heißt es dann noch im „B. L.“, die Regierung würde sich gegen den Volksentscheid und gegen die entschädigungslose Enteignung der Fürsten aussprechen, aber auch zum Ausdruck bringen, daß sie sich für eine entsprechende Lösung der Frage mit aller Energie einsetzen wird, und zwar auch dann, falls wirklich die heutige Vorlage der Regierung nicht mehr vor dem 20. Juni verabschiedet werden sollte. Aber auch uns ist bekannt, daß die Regierung einigermassen auf alle Eventualitäten gerüstet ist, auch auf die, daß der Volksentscheid eine Mehrheit bringen sollte. Auch dann denkt sie nicht, die Verhängnis wehrlos über sich und uns ergehen zu lassen. Die Verabschiedung der Vorlage vor dem 20. Juni wird immer fraglicher. Zunächst einmal wird der Reichstag nun doch am Samstag auf eine kurze Woche sich vertagen. Die Sozialdemokraten bestehen auf dieser Forderung und haben gedroht, durch Nichtbleiben von der Sitzung die Beschlussfähigkeit herbeizuführen, falls ihrem Verlangen nicht Genüge geschieht. Unter diesen Umständen wird, wie die „Germania“ mitteilt, die Zentrumskommunikation in der heutigen Sitzung des Rechtsauschusses dem Vertagungsantrag zustimmen. Damit scheint schon

rein technisch die Möglichkeit einer Erledigung des Fürstenkompromisses im Rechtsauschuß dem Plenum unmöglich. Es scheinen aber auch die alten Schwierigkeiten innerhalb der Regierungskoalition fortzubauern. Benjamins wird in der „Täglichen Rundschau“ lebhaft gegen den Gedanken polemisiert, dem Entwurf den verfassungsändernden Charakter zu nehmen. Mit großer Gemütsruhe erklärt das Blatt weiter, der Entwurf müsse im Rechtsauschuß eben ruhen, bis der Volksentscheid vorüber ist. Es bleibt also nichts übrig als die parlamentarische Entscheidung zu vertagen, bis durch den Volksentscheid nach dieser oder jener Richtung Klarheit geschaffen worden sei. Fürs erste müßte die Tatsache genügen, daß die Regierung sich nochmal zu dem Entwurf bekenne und daß auch die Regierungspartei den festen Willen zum Ausdruck brächten, an dem Ziel einer gerechten parlamentarischen Lösung festzuhalten.

Der „Vorwärts“ behauptet, Herr v. Röbell hätte den Druckauftrag für sein Plakat mit dem Hindenburgbrief schon am Dienstag voriger Woche gegeben. Die erste Skizze sei schon am Donnerstag geliefert worden, in der Nacht vom Donnerstag zum Freitag sei die Lithographie mit größter Beschleunigung fertiggestellt und am Samstag die Arbeit in Druck gegeben worden. Selbst am Sonntag sei an der Fertigstellung des Plakates gearbeitet worden.

In Erwartung

□ Berlin, 9. Juni. (Von unserem Berliner Büro.) Wie wir schon andeuten, ist es noch nicht sicher, ob das Gesetz über die Fürstenabfindung heute wirklich schon verhandelt wird. Das wird von der Entscheidung des Reichsrats abhängen, der heute um 2 Uhr zusammentritt. Kommt das Fürstenkompromiß schon heute an die Reihe (etwa durch Umstellung der Tagesordnung), so wird die Regierungserklärung auch heute schon abgegeben werden.

Die englische Presse zum Hindenburgbrief

Die „Daily News“ bringen einen Leitartikel mit der Überschrift „Hindenburg in Gefahr“. Sie führen darin u. a. aus, Hindenburgs Ueberzeugungen in der Frage der Fürstenabfindung seien so tief eingewurzelt, daß er mit keinem Rücktritt drohe, wenn der Volksentscheid ein Mandat zur Enteignung erbringe. Der Verlust des Präsidenten Hindenburg, so führt das Blatt weiter fort, würde für Deutschland ein europäischer Verlust sein, denn der Reichspräsident habe eine äußerst schwierige Aufgabe in bewundernswürdiger Würde und Zurückhaltung ausgeführt. Unter Hindenburg sei Deutschland langsam wieder auf die Beine gekommen und lehre allmählich zu seiner früheren Stellung als einer der Hauptmächte Englands (1) zurück. Er verleihe in seiner Person die Einheit Deutschlands, einer Nation, die durch die Mächte des Westens revolutionäre Geistes sei. Es müsse ihm also viel zuzubringen werden, vielleicht sogar, daß er sich stolz rühme, daß er „sein Leben im Dienste von Preußen verbracht“.

Das liberale Organ, die „Westminster Gazette“ schreibt, die deutsche Republik müsse genügend gefestigt sein, um die Neuerung der persönlichen Sympathie des Reichspräsidenten zu den Hohenzollern anlässlich des Volksentscheides wegen ihres Privatvermögens zu überleben. Aber man müsse Hindenburgs preussische Erziehung in Betracht ziehen und man müsse dann sagen, daß er eine wunderbare und korrekte Haltung an den Tag gelegt habe.

Das Büro des Reichspräsidenten

□ Berlin, 9. Juni. (Von unserem Berliner Büro.) Im Zusammenhang mit der Urteilsfrage sind von einer heutigen Mittagszeitung unrichtige Darstellungen über die Einrichtungen des Büros des Reichspräsidenten gegeben worden. Dazu ist zu sagen: Die Kanzlei gliedert sich in das eigentliche Büro des Reichspräsidenten, das unter Leitung des Staatssekretärs Reichner steht und zu dem Legationsrat v. Erdmannsdorf gehört, dann zum anderen in die Adjutantur, die Verbindungsstelle zur Reichswehr, deren oberster Befehlshaber ja der Präsident ist. Diese wird verwaltet von Herrn v. Hindenburg, dem Sohn des Präsidenten und dem Oberleutnant v. d. Schulenburg. Die persönliche Post wird durch den Sohn des Herrn v. Hindenburg erledigt. Um einen Begriff vom Umfang der eingehenden Briefe zu geben, sei hier angeführt, daß sie sich auf 2-300 täglich belaufen, dazu kommt die Privatpost mit circa 150 Briefen.

Hausdurchsuchungen bei kommunistischen Funktionären

Auf Anordnung des Untersuchungsrichters Bogt vom Landgericht I hat die politische Polizei in Berlin am Dienstag nachmittags eine Anzahl Hausdurchsuchungen bei kommunistischen Funktionären vorgenommen und etwa zehn Personen verhaftet. Die Festgenommenen wurden zunächst ins Volkstribunal gebracht. Die Verhaftungen wurden dann dem Untersuchungsrichter vorgeführt.

Die Hausdurchsuchungen und Verhaftungen erfolgten wegen der Verbreitung des vor längerer Zeit von der Polizei auf Anordnung der Staatsanwaltschaft vorgenommenen Beschlagnahme der Broschüre „Bürgerkrieg“, die zum bewaffneten Kampf gegen die bestehende Verfassung aufrief. Es war bekannt geworden, daß trotz des Verbots größere Posten der Broschüre noch immer in Umlauf gebracht wurden. Die jetzt Festgenommenen werden aus diesem Grunde sich vor Gericht zu verantworten haben. Die Behauptung der „Koten Fahne“, daß die Festnahme mit dem am 20. Juni bevorstehenden Volksentscheid in Verbindung stehe entbehre jeglicher Grundlage.

Der Streit um den Hindenburgbrief

Der Streit um den Hindenburgbrief zieht immer weitere Kreise. Heute soll er im Reichstag zur Sprache kommen, die Sozialdemokraten wollen die Initiative dazu ergreifen, die Kommunisten wollen sich bei der Gelegenheit mal wieder das Vergnügen machen, ein Mißtrauensvotum gegen die Reichsregierung einzubringen und diese selbst wird eine Regierungserklärung abgeben. Mittlerweile redet das Hauptorgan der Zentrumspartei, die Berliner „Germania“ noch ehe der bevorstehende Volksentscheid geregelt ist, bereits von einem nochmaligen Volksentscheid in derselben Angelegenheit. „Sollte es“, so schreibt das Blatt, „dahin kommen, daß der Volksentscheid nicht die erforderliche Stimmenmehrheit aufbringt, wird noch immer die Möglichkeit bestehen, mit einfacher Mehrheit im Reichstago ein Gesetz zustande zu bringen, das einem zweiten Volksentscheid unterworfen werden könnte und das dann sicherlich eine genügende Mehrheit finden würde. Notwendig ist es, schon heute darauf hinzuwirken, daß das Zentrum unter allen Umständen eine endgültige Lösung der Frage und damit eine Beruhigung unseres Volkes anstreben wird.“

Beruhigung durch Volksentscheid? Das klingt wie ein schlechter Scherz! Nach den Erfahrungen, die wir auf diesem Gebiete gemacht haben und noch alle Tage machen, scheint uns vielmehr zur größtmöglichen Beruhigung des Volkes und zur Aufpeitschung aller politischen Leidenschaften und Instinkte kein Mittel geeigneter zu sein als die Anbahnung eines Volksentscheides. Dies um so mehr, wenn der Volksentscheid in ein und derselben Sache gleich zweimal kurz hintereinander heraufbeschworen werden soll. Durch einen Volksentscheid erzielt man eine endgültige Entscheidung (und selbst die wird in gewissen Fällen noch weiter umstritten sein), eine Beruhigung des Volkes aber erreicht man damit schwerlich. Unter den so und so viel Millionen Abstimmungsberechtigten, die bei einer Volksabstimmung überstimmt werden, wird immer ein starker Prozentsatz sein, der sich mit dem Abstimmungsergebnis nicht zufrieden gibt, sondern nun erst recht unzufrieden und unruhig ist. Eine Volksabstimmung ist deshalb immer ein zweischneidiges Schwert und sollte nur heraufbeschworen werden, wenn alle anderen Mittel zu einer Einigung zu kommen, versagt haben. Daß der Appell an dieses zweischneidige Schwert im Falle der Fürstenabfindung nicht vermieden worden ist, ist lediglich Schuld unserer Parteiwirtschaft. Andernfalls wäre es für die Reichsregierung ein Leichtes gewesen, noch bevor es überhaupt zum Volksentscheid kam oder doch wenigstens noch jetzt, bevor der Volksentscheid fällig ist, in der Frage der Fürstenabfindung eine Kompromißlösung zu erlangen, durch die nach Möglichkeit den Interessen des Volksganges Rechnung getragen wurde. Doch es nicht dazu kommen konnte, und aller Voraussicht nach trotz aller Bemühungen der Reichsregierung, noch im letzten Augenblick ein solches Kompromiß zustande zu bringen, auch nicht mehr dazu kommen wird, ist in der Hauptsache die Schuld der beiden großen Flügelparteien. Die Sozialdemokraten sowohl wie die Deutschnationalen erhoffen von dem Volksentscheid den Sieg ihrer Auffassung und sind deshalb nicht geneigt, sich vorzeitig mit einem Kompromiß, wobei natürlich die eine Seite der Meinung der anderen Rechnung tragen mußte, zu begnügen. Wäre man auf beiden Seiten (schon im Interesse der gerade jetzt auf dem Spiele stehenden außerordentlich wichtigen außenpolitischen Interessen) überparteilich, klug und weitblickend genug gewesen, ein solches Kompromiß rechtzeitig zustande zu bringen, dann hätte man dadurch die innerpolitische Atmosphäre von einem Explosionsstoff gereinigt, der sie nun täglich mehr vergiftet. Der ganze Volksentscheid wäre dann hinfällig gewesen, die 12 1/2 Millionen Deutschen, die für das Volksbegehren angetreten sind, hätten sich angesichts einer auf breiterer Parteibasis (einschließlich der Deutschnationalen und der Sozialdemokraten) vom Reichstago beschlossenen Kompromißlösung am ehesten zufrieden gegeben und sich beruhigen können, die Hineinzerrenng Hindenburgs in den Parteistreit wäre vermieden worden und die Fürsten hätten das bekommen, was ihnen als ihr unbestreitbares Eigentum nach Recht und Gesetz einwandfrei zusteht. Doch der Reichstago hat, wie schon so oft, auch in dieser Frage versagt, er wird auch heute und in den nächsten Tagen versagen und die, theoretisch selbst jetzt noch vorhandene Möglichkeit, zu einer parlamentarischen Lösung zu kommen, ungenützt vorbeiziehen lassen, und so bleibt uns denn wohl oder übel nichts anderes übrig, als den Ereignissen ihren Lauf zu lassen.

Dieser Lauf wird, wenn nicht alle Anzeichen deuten, der sein, daß die für eine Enteignung der Fürsten erforderliche Stimmenzahl von 20 Millionen nicht erreicht wird. Wir sind uns zwar durchaus klar darüber, daß prophezeien zweifellos immer eine mögliche Sache ist, wir wissen auch, daß die Zahl der beim Volksbegehren abgegebenen Stimmen weit höher war, als man allgemein voraussetzte, das alles soll und jedoch nicht abhalten, schon heute unsere feste Ueberzeugung dahin auszusprechen, daß der nun in 11 Tagen vor sich gehende Volksentscheid ein Fiasko für alle Enteignungslustigen und Fiskler im Trüben sein wird.

Schon von diesem Standpunkte aus gesehen, stehen wir nicht an, die Hineinzerrenng Hindenburgs in die Leidenschaftlichen Erörterungen der Parteien sehr zu bedauern. Sie war überflüssig. Kein Mensch war im geringsten Zweifel darüber, wie Hindenburg in dieser Frage denkt. Keine Gefahr war im Verzuge, die allein eine solche außerordentliche Maßnahme hätte rechtfertigen können. Nachdem sich das Zentrum ganz entschieden gegen die Fürstenenteignung und den Volksentscheid ausgesprochen hat, nachdem die Demokraten sowohl wie das gesamte Reichsbanner Schwarz-rot-gold in sehr leidenschaftlichen Erklärungen die Abstimmung in das Belieben ihrer Anhänger gestellt haben, muß man es für völlig ausfallslos halten, daß die für einen Sieg erforderlichen 20 Millionen Stimmen aufgebracht werden können, so sehr man zweifellos die Zugkraft eines Appells an die niedrigen Instinkte der Massen auch diesmal in Rechnung stellen muß. Nachdem Hindenburg, der im Kriege wie im Frieden gleich bewährte und stets treu befundene „Vater des Vaterlandes“ aber

Wirtschaftliches und Soziales

Die Lage des Arbeitsmarktes

Die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt zeigt auch in der Woche vom 26. Mai bis 2. Juni unter dem Zeichen des fortwährenden Zusammenwirkens der Absatz- und Kreditkrise; wo in einzelnen Industriezweigen vorübergehend Absatzgelegenheit durch Export gegeben gewesen wäre, hemmte der Kreditmangel die Wahrnehmung dieser Verdienst- und Beschäftigungsmöglichkeiten. Dieses Zusammenwirken konnte insbesondere in der Maschinen- und Automobilindustrie beobachtet werden. Neben diesen elementaren Ursachen der immer noch anhaltenden schlechten Arbeitsmarktlage dürfte die allgemein durchgeführte Betriebskautelisierung namentlich in den lungengebundenen Betrieben als weitere Ursache für die Einschränkung der Arbeitsplätze anzusehen sein. Die Andrangsziffer, d. h. das Verhältnis der Zahl der Stellenjuchenden zu der je 100 gemeldeter offener Stellen ist weiterhin nicht unwesentlich gestiegen; am 2. Juni entfielen auf 100 bei den öffentlichen Arbeitsnachweisen gemeldete offene Stellen rund 6934 Stellenjuchende gegenüber rund 5709 am 26. Mai 1925. Hierbei ist die Andrangsziffer der männlichen Arbeitsjuchenden von 8704 auf 10068, also um 1364 gestiegen; die Andrangsziffer der weiblichen Arbeitsjuchenden dagegen ist von rund 3276 auf rund 3132 gesunken. Die Zahl der Hauptunterstützungsangehörigen ist von 68441 am 26. Mai auf 68183 am 2. Juni unwesentlich zurückgegangen. Dieser Rückgang kann aber nur in geringem Maße auf eine Besserung der Arbeitsmarktlage zurückgeführt werden. Soweit diese Abnahme vollwirtschaftlich begründet ist, beruht sie auf einer ganz schwachen vorwiegend saisonmäßigen Besserung in der Landwirtschaft und örtlich auch im Baugewerbe. Zum überwiegenden Teil dagegen ist die zahlenmäßige Besserung durch die Aussteuerung unterjähriger Erwerblicher, durch die Verwendung bei den durch Kollapsarbeiten künstlich geschaffenen Arbeitsgelegenheiten und teilweise auch durch die Ausgliederung weiterer aus der Landwirtschaft stammender Erwerblicher, die bei Eröffnung der Saison als nicht mehr unterstützungsbedürftig anzusprechen waren, herbeigeführt.

Die Landwirtschaft wies im Bezirk Mannheim keinen Bedarf an gelehrten Arbeitskräften auf. Der Arbeitsmarkt der Metall- und Maschinenindustrie hat nicht nur seine bisher schlechte Lage behauptet, sondern eine weitere empfindliche Verschlechterung erfahren. Ausschlaggebend sind dabei Betriebskautelisierungen in Mittelbetrieben. Die Lage der Schwereindustrie war ebenfalls schlecht; eine Besserung ist nicht abzusehen. Die Porzellan- und Keramikindustrie weist ebenfalls ein weiteres Anhalten der Krise und weiterhin verhältnismäßig große Entlassungen.

In der chemischen Industrie ist eine Wendung nicht einzuzeichnen. Die im Landesdurchschnitt beobachtete Stagnation in der Zelluloseindustrie hält unverändert an und greift am Oberrhein sogar weiter um sich. Besonders betroffen sind die Seidenindustrie sowie die Färbereien, Woll- und Baumwollgruppe des Oberrheins. Die Lage in der Papierindustrie und in der Lederindustrie ist unverändert ungünstig. In der Holzindustrie besteht der allgemeine Beschäftigungsmangel an. Besonders ungünstig gestaltete sich die schon in der Vorwoche geschilderte Lage in der Maschinenindustrie des Biesensals. Das Nahrungsmittelgewerbe zeigte örtlich Bedarf an Arbeitskräften. In der allgemeinen Leichtindustrie sind Beschäftigungsmöglichkeiten im Einzelhandel und Großhandel Bereich der Bekleidungsindustrie vorwiegend vorhanden und ist einer neuen Steigung gewichen. Die Arbeitsmarktlage des Baugewerbes sind ebenfalls ganz unbefriedigend; vereinzelt besteht Bedarf an Malern festgesetzt. Das Gast- und Schankwirtschaftsgewerbe hat nach den Feiertagen die vorübergehend benötigten Ausschüßkräfte größtenteils wieder abgestoßen.

männliche 122 weibliche); Techniker aller Art (ohne Jagdtechniker) 370 (368 männliche, 4 weibliche); Spinnstoffgewerbe 300 (4 männliche, 296 weibliche); Heizer und Maschinen 221 (nur männliche); Lederindustrie und Industrie lederartiger Stoffe 184 (163 männliche, 21 weibliche); Gesundheits- und Körperpflege, Reinigungs- und Putzmittelgewerbe 107 (71 männliche, 36 weibliche); Diversifiktionsgewerbe 105 (83 männliche, 22 weibliche); Landwirtschaft, Gärtnerei und Forstwirtschaft, Fischerei 155 (142 männliche, 13 weibliche); Zellulose- und Papierherstellung und Verarbeitung 128 (69 männliche, 59 weibliche); Theater, Musik, Schaustellungen aller Art 126 (100 männliche, 26 weibliche); Industrie der Steine und Erden 20 (13 männliche, 7 weibliche); Freie Berufe 7 (8 männliche, 4 weibliche); Kunstgewerbe Berufe 5 (nur männliche).

Dieser 27 883 Arbeitsjuchenden fanden 3501 offene Stellen (1760 für männliche, 1741 für weibliche Arbeitsjuchende) gegenüber. Befragt wurden 2914 Stellen (1545 von männlichen, 1369 von weiblichen Arbeitsjuchenden).



Der neue Oberreichsanwalt Dr. Karl Werner
In Stelle des in den Ruhestand tretenden Dr. Obermayer wurde der Geheimen Regierungsrat Dr. Karl Werner zum O V reichsanwalt ernannt

Das neue Mannheimer Jugendheim

Der Sommer ist wieder in unser Land eingeleitet und damit wächst auch die Sehnsucht unserer Jugend, hinaus ins Freie zu ziehen, um unsere Heimat und unser Volk kennen zu lernen. Dieser gesunde Sinn unserer heutigen Jugend kann aber nur dann zur Geltung kommen, wenn diesen jugendlichen Wanderern überall die Möglichkeit geboten ist, für billiges Geld Unterkunft zu finden. Und schon lange ist daher der Verband deutscher Jugendherbergen mit großer Ausdauer daran gegangen, an möglichst vielen Orten derartige Unterkünfte für die wandernde Jugend zu errichten.

Nach unsere Heimatstadt Mannheim besitzt eine solche Jugendherberge, die aber infolge ihrer räumlichen Beschränktheit schon längst nicht mehr den zu fordernden Ansprüchen gerecht werden kann. Infolgedessen bekommen wir demnächst eine neue Jugendherberge, die in dem Gebäude der früheren Gutserwaltung am Luisenring mit finanzieller Unterstützung unserer Stadtgemeinde entstehen soll. Für unsere Jugend müssen wir aber nicht nur sorgen, wenn sie fern von ihrer Heimatstadt auf Wanderschaft ist, sondern sie braucht auch in ihrer Heimatstadt selbst einen Raum, in dem sie zusammenkommen kann zum fröhlichen Spiel und zu erster Arbeit. Mannheim konnte hierfür fast noch nichts bieten. Und es ist doch wirklich nur schwer und selten durchführbar, daß sich solche Gruppen junger Menschen in den sowohl räumlich beschränkten Wohnungen ihrer Eltern veranlassen.

Um diesem dringenden Bedürfnis nach einem Jugendheim in Mannheim abzuhelfen, hat daher der Stadtrat beschlossen, die neu zu errichtende Jugendherberge am Luisenring gleich-

zeitig mit einem städtischen Jugendheim zu verbinden, in dem die einzelnen Ründe und Gruppen unserer Jugend ihre einzelnen Zimmer erhalten werden. Daneben soll auch ein Leseraum, ein Versammlungsraum usw. eingerichtet werden.

Die Innenausstattung dieser Räume konnte aber die Stadt finanziell nicht übernehmen, sie liegt vielmehr auf den Schultern unserer Jugend selbst. Wir wissen aber alle, daß diese nicht allein die nötigen Mittel aus sich selbst aufbringen kann, um diese Innenausstattung des neuen Jugendheimes zweckentsprechend vorzunehmen. Es besteht daher der Mannheimer Jugendbund in Verbindung mit der hiesigen Ortsgruppe des deutschen Jugendbundesverbands in der Woche vom 26. Juni bis 4. Juli eine allseits offene Haus- und Straßensammlung zu Gunsten des neuen Jugendheimes vorzunehmen. Wollen wir hoffen, daß es auf diese Weise gelingen möge, wenigstens einen Teil des dafür nötigen Geldes aufzubringen.

Die Sanitätspolizei in Mannheim. Auf Mitteilung des Städt. Sanitätspolizeiamtes wurden nach den Erhebungen der Ortssanitätspolizei anlässlich der Hochwasserfluten zum Teil durch Neubauten, zum Teil auch durch Umbauten im Mai dieses Jahres 62 Wohnungen neu geschaffen; darunter sind 60 Wohnungen mit 1 bis 3 Zimmern, und 2 Wohnungen mit 4 und mehr Zimmern. Die Zahl der Neubauten belief sich auf 22 (davon 18 Kleinhäuser mit 1 bis 2 Wohnzimmern), die der Umbauten auf 5.

Brandausbruch. Heute früh 3.10 Uhr war durch Unvorsichtigkeit in einer Küche im Anwesen Jean Federstraße 1 der Fußboden in Brand geraten. Die Gefahr wurde durch die alarmierte Berufsfeuerwehr beseitigt.

Unfälle. Gestern früh 5.10 Uhr erhielt im Stall des Fuhrunternehmers Roser, Pumpwerkstraße 26, ein 21 Jahre alter Fuhrmann von einem Pferd einen Schlag, jedoch er mit einem Oberkieferbruch in das Krankenhaus eingeliefert werden mußte. — Beim Transport von Draht verunglückte gestern mittag im Betriebe der Isolation-Fabrik ein 29 Jahre alter Tagelöhner, der ebenfalls nach dem Krankenhaus verbracht werden mußte.

Selbstmordversuch. Gestern vormittag wollte sich eine 36 Jahre alte Frau aus Schwermut in den Neckar stürzen. Polizisten hielten sie zurück und überreichten sie herbeigeeilten Ärzten des Krankenhauses.

Festgenommen wurden 24 Personen wegen verschiedener strafbarer Handlungen.

RDV. Reichsbahn-Gesellschaftsreisen in Deutschland. Die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft erleichtert jetzt die Ausführung von Gesellschaftsreisen auf der Deutschen Reichsbahn. Die Mindestteilnehmerzahl, die bisher auf 30 Personen festgesetzt war, ist auf 20 Personen, und die Mindestentfernung für eine Fahrt von 50 km auf 30 km herabgesetzt worden. Für jeden Teilnehmer einer solchen Gesellschaftsreise gewährt die Deutsche Reichsbahn eine Ermäßigung des Fahrpreises um 25 Proz. Die Reisebegleitung tritt am 10. Juni 1926 in Kraft. — Damit wird dem Reiseverkehr ein wichtiger Dienst geleistet. Die Reisebüros aller Länder und die Organisationen, die Gemeinschaftsfahrten in Deutschland unternehmen, werden eine solche Erleichterung ihrer Bestrebungen freudig begrüßen.

RDV. Gepäckbeförderung auf Zeitkarten. Bei Fortlage von Zeitkarten wurde bisher Reisegepäck zur Beförderung nicht angenommen. Diese Beschränkung ist ab 1. Juni aufgehoben. Es können also von diesem Tage ab Inhaber von Monatskarten, Schülermonatskarten, Teilmonatskarten und Arbeitermonatskarten ihr Reisegepäck wieder zu den Säcken des Gepäcktarifs befördern lassen.

Städtische Nachrichten

Die Arbeitsvermittlung im Amtsbezirk Mannheim

Wie das Städt. Nachrichtenamt mitteilt, betrug die Zahl der beim Arbeitsamt Mannheim, öffentlicher Arbeitsnachweis für den Amtsbezirk Mannheim, gemeldeten Arbeitsjuchende im Monat Mai d. J. 27 883 (18 307 männliche, 9516 weibliche). Diese verteilen sich auf folgende Berufsgruppen: Metallbearbeitung und Maschinenbau, Instrumente und Apparate 6620 (3242 männliche, 3378 weibliche); Lohnarbeit wechselnder Art 6082 (4461 männliche, 1621 weibliche); Nahrungs- und Genussmittelgewerbe 2213 (1334 männliche, 879 weibliche); Kaufmännische Angestellte (ohne Stenographen und Stenotypisten) 2211 (1417 männliche, 794 weibliche); Häusliche Dienste 1908 (nur weibliche); Verleihungsgewerbe 1618 (1591 männliche, 27 weibliche); Gast- und Schankwirtschaft 1540 (562 männliche, 978 weibliche); Chemische Industrie und Industrie der fortwirtschaftlichen Nebenzeugnisse 1059 (637 männliche, 422 weibliche); Bekleidungsindustrie 900 (245 männliche, 655 weibliche); Holz- und Schnitzstoffgewerbe 883 (651 männliche, 232 weibliche); Baugewerbe (ohne Bauhilfskräfte, Bauarbeiter und Bauhilfsarbeiter) 611 (nur männliche); Büroangestellte 543 (301

Die Natur hat tausend Freuden für den, der sie sucht und mit warmem Herzen in ihren Tempel tritt.
Rabel, Barnhagen.

Kaviar fürs Volk

Von Richard Kieh

Man muß sich bequämen zu dessen wissen.

Huwo Walter Schminner, der Dichter, war von den Russen abgewandert. Erwerbslos, wie er nun war, aß er hin und her nichts. Als Kaviarhändler fand er sein nettes Brötchen. Kaviar mit Kaviar drauf, denn — — — Denn Huwo Walter Schminner wohnte auf dem gleichen Fluß mit R. K. Kieh, dem Kaviar-Importeur.

R. K. Kieh importierte den Kaviar aus Schweden an der Elbe. Wenn man etwas mit russischen Wuchshäuten auf den Blechdeckel drauf, dann sieht die ganze Kaviarwelt direkt baldschwillig aus. Bei einem Preisausschuss glaubt man dem also in den Handel gelangten Kaviar ohne weiteres Oh-Oh-Ruhland.

Und doch war der Kaviar des R. K. Kieh ein Kaviar Marke „Preis-schau“. Er wurde so geradezu niederländischer, will sagen niederländischer niedrigen Preisen dem Verbraucher zufließt. Er war durchaus und in jeder Hinsicht Kaviar fürs Volk. Gerade wer noch normale Kaviar essen, glaubte dem R. K. Kieh Kaviar alles. Und das will viel heißen in so unglücklicher Zeit . . .

Huwo Walter Schminner wurde nun dieses Kaviars Unter- und Preis-schauhändler. In seiner Bürstenkammer türmten sich die Büschel an ganzen Tafelkaviars.

Aber — man kann nicht alle Tage Kaviar essen. Und Kaviar verkaufen das kann man alle Tage noch viel weniger. Huwo Walter Schminner sah sich daher nach anderen Handelsobjekten um. Da er, als Kaviarhändler und Kaviar-Importeur, Ober-Schiffhändler sei hatte, sah er sich nach Waren um, die er in den Briefkasten absetzen konnte, da er mithin der schwarzen Kunst nahestand und sich auch durch seinen Kaviar-Markt: Schwarze Kunst an höchst dunklen Gebieten bekannt hatte. So lag es nahe, daß er auch fernhin schwarze Waren den Voraus geben würde. Was nun der Ständenhandel links der Vor durch den 8 1000 der Weltbevölkerung verbreiten ist, so laßt sich unter Huwo nicht auf die Kaviar-Kunst beschränken, sondern verläßt sich sein Kieh lieber mit dem Kaviar. Auch diese vertrieb er in handlichen Büscheln, und da diese Abb el Kameh Kieh, so stieren die Bekannte türkische Wuchshändler, über denen ein Halbmond von keinem echt orientalischen Werts künde, den die mit dieser Wäble bearbeiteten Stiefel nie und

nimmer entsoeden können sollen. Und, ich muß es verraten, auch die Abb el Hamids populäre spielen sich in Huwo Walter Schminners Bürstenkammer zu geradezu lebenswerten schiefen Türmen.

Und die Schuhwischerei näherten sich den Kaviar-Konten in geradezu brünstiger Weise. Und doch nähern auch wir uns, unterdessen, der Katastrophe und dem allfälligen Ende dieser Geschichte. Denn eines unglücklichen Tages stürzte sich der Schuhwisch-Kieh auf den Kaviar-Mann und sie vereinigten sich einander und orderten den gemeinsamen Berg Schuhwisch-Kaviar.

Die hürstigen Hände des keine Ware verlegenden Huwo mühten sich zwar erfolglos in stundenlangem eifrigem Sortieren. Aber dem durch diese Arbeit erschöpften Geiste verflorte das Unschick, daß der Kaviar-Bettler diesmal das Valenkind des Abb el Hamid erblickt, während der der Schuhwische erblickende Kunde mit la Maissoloff befreit wurde.

Nach einigen Tagen domierte eine Beiswerbe in Huwo Walters morandischen Kiste ein. Der Schuhwische-Bettler freute an, was denn das für Dreck sei, den man ihm aufzubäumen verlastet habe. . .

Der Untersee

Das Jahresspekt 1924, dem „Ueberlinger See“ gewidmet, fand allseits hohe Anerkennung. Als überaus wertvolle Ergänzung bringt der unermüdet tätige Schriftleiter des Landesvereins Badische Heimat, Hermann Eris Ruffe, jetzt das Unterseeheft heraus. Kunst und Kultur, Sage und Geschichte, Volkstüm, Land und Leute in ihrer Lebensart, ein fast unerschöpfbarer Reichtum ist ausgedrückt in über 80 Beiträgen, eine Reihe bestbekannter Autoren haben mitgeholfen, die Seele dieser Landschaft zu erschließen, die naturhistorischen, geographischen, kunstgeschichtlichen Zusammenhänge aufzuzeichnen. Die stattliche Veröffentlichung enthält neben 16 ganzseitigen Bildtafeln eine Fülle guten Bildmaterials noch unerschöpflichen Plänen, Stichen, Zeichnungen, Zeichnungen und photographischen Aufnahmen.

Prof. Maxter eröffnet mit interessanten Bildern aus dem Dornier-Flugboot des Bodensee-Neer-Flugboot aufgenommen, die überraschen, zumal sie dem Städtebau wie dem Seemalwerk neue Wege und Ziele weisen. Die geologische Geschichte des Untersees entrollt Geh. Prof. Dr. Schmiede, die Bedeutung der Fischerei im Erwerbsleben der Bewohner des Untersee-Gebietes behandelt Prof. Dr. Schmalz. Das reiche Pflanzen- und Tierleben, die Rotwendigkeit der Natur- und Vogelschätze weist Dr. Kol. Zoller berahst wendend nach. Die sprachlichen Ergebnisse über das römische Siedlungs trägt Otto Leiner zusammen, und Dr. Bruno Leiner gibt eine Gesamtansicht ins Bodenseemuseum, dieser Sammlung aller

Wenn sie scheint - ist das natürlichste Bleichmittel für jede Wäsche - wenn Sie eine Rasenfläche und viel Zeit zur Verfügung haben. Genau so gut aber viel schneller und unabhängig vom Wetter bleichen Sie Ihre Wäsche mit Seifux

Aus dem Lande

Weißenheim, 7. Juni. Im vollbesetzten und festlich geschmückten Saal...

Heidelberg, 8. Juni. Gestern nachmittags ist die Königin von Schweden hier eingetroffen...

Deißenheim bei Rastatt, 8. Juni. Deißenheim hat die Platten seiner Volkshochschule am letzten Sonntag wieder geöffnet...

Eßlingen, 7. Juni. Der Innungsausschuss beschloß die Veranlassung der Innungen unter dem Titel 'Kunststudie'...

Badenweiler, 7. Juni. Im Gebiet des Hochpflanzens rechnet man für dieses Jahr nach dem Witterungsstand mit einer reichen Beerenernte...

Aus der Pfalz

Deutsche Erfindermesse in Ludwigshafen

Ludwigshafen, 7. Juni. Zum ersten Mal findet die deutsche Erfindermesse...

Blumweiler, 6. Juni. Der aus der Zeit der separatistischen Bewegung bekannte Hausierer Edward Scheide aus Alsenbrunn...

Nachbargebiete

Speyer, 4. Juni. In herkömmlicher Weise bewegte sich heute früh ein städtischer Pilgerzug vom Dom über den Rhein zum Leinpfad...

Campertheim, 7. Juni. Zu einem größeren Vereinspreisfischen hatte der hiesige Schützenverein eine größere Anzahl auswärtiger Vereine...

geschossen und zwar: lebend freihändig, knieend und liegend freihändig...

Mainz, 6. Juni. In der Vergiftungsangelegenheit im Untersuchungsgefängnis für weibliche Untersuchungsgefangene...

Frankfurt a. M., 4. Juni. Im Betriebsbahnhof Eckenheim der hiesigen Straßenbahn wurde heute vormittag Verloscher Gräber...

Berichtszeitung

Der Aufrührerprozess vor dem Mannheimer Schwurgericht

Die Oktober-Unruhen im Jahre 1923 werden heute noch einmal in ihrer ganzen Breite aufgerollt...

Sportliche Rundschau

Zur Mannheimer Regatta

Die Durchführung einwandfreier Ruderverweitskämpfe auf erstklassiger Regatta wird nicht nur gewährleistet durch eine ideale Rennstrecke...

Weise unterzucht werden, gehen dahin, einwandfreie Ergebnisse im örtlichen Ruderverweitskampf zu erzielen...

Fußball

F.C. 1908 Mannheim — Germania Friedrichsfeld 7:0 (3:0)

Bei 08 gastierte die spielfertige Kreisliga von Germania Friedrichsfeld...

Sofort nach Anspiel ist 08 überlegen und kann in der 20. Minute durch den Mittelstürmer das 1. Tor erzielen...

Lautentennis

Wiesbadener Tennisturnier. In den Herrenspielen dominierten die Mannheimer...

Wetternachrichten der Kaiserlichen Landeswetterwarte

Table with columns for location, temperature, wind, and other weather data for various stations.

Die Witterung in Baden war gestern die gleiche wie am Vortage. Die Druckverteilung ist im wesentlichen unverändert geblieben...

Voraussichtliche Witterung für Donnerstag, bis 12 Uhr nachts: Fortdauer des bestehenden Witterungscharakters...

Verantwortlicher: Drucker und Verleger: Drucker: Dr. G. G. Mannheimer Zeitung, E. G. 2. Redaktion: Ferdinand Dörme.

Für die Reise!

Die Nachsendung der 'Neuen Mannheimer Zeitung'

während der Reisezeit kann nach jedem gewünschten Aufenthaltsort unter Kreuzband erfolgen.

Bestellungen sind unter Angabe des seitherigen Bezugsortes nur schriftlich an die Geschäftsstelle E. G. 2 zu machen...

Zur Vermeidung der Porto- und Einzugskosten bitten wir die Gebühren für den Versand im voraus zu entrichten.

Diese betragen wöchentlich für 1 bereits abonniertes Exemplar M. 0.61 Ausland M. 1.21

für 1 besonderes Exemplar M. 1.50 Ausland M. 2.10

Neue Mannheimer Zeitung.

Advertisement for MIFA-Rad featuring a large image of a bicycle and text: '6. Juni 1926: Rund um Frankfurt a. M. (251 km) Sieger: Heinrich Suter'.

